

Sofortprogramm für Dortmund: Arbeitsplatzverluste stoppen!

1. Die Stadt vergibt Aufträge und unterhält Geschäftsbeziehungen zu Privaten nur noch unter der Bedingung, daß Auftragnehmer / Geschäftspartner sich verpflichten, in Dortmund keine Arbeitsplätze abzubauen oder in prekäre Jobs umzuwandeln, und sich an die geltenden Branchentarifverträge zu halten.
2. Städtische Subventionen für einzelne Betriebe werden vertraglich an bestimmte Zahlen zusätzlicher Arbeitsplätze gebunden und sind bei Nichterfüllung zurückzuzahlen. Für jeden vernichteten oder in prekäre Jobs umgewandelten Arbeitsplatz erhebt die Stadt vom jeweiligen Betrieb eine Schadensausgleichsabgabe in Abhängigkeit von der durch den Personalabbau erzielten Ergebnisverbesserung. Bei Betriebsverlagerungen fällt das örtliche Immobilienvermögen als Entschädigung an die Stadt. Kosten für Altlastenentsorgung trägt in jedem Fall der Alteigentümer.
3. Die Gewerbesteuer wird progressiv gestaffelt nach der Wertschöpfung und mit Ab/Aufschlägen für ökologische Nachhaltigkeit versehen (Bonus-/Malus-System). Wenn rechtlich zulässig, ist die Grundsteuer B nach Art der Nutzung zu differenzieren und auf Gewerbesteuern entsprechend der Gewerbesteuer zu gestalten (prüfen!)
4. Die Stadt tritt sofort in Verhandlungen mit ihren Gläubigerbanken über ein Zinsmoratorium nach dem Grundsatz Tilgung vor Zinsen, in Abhängigkeit von sozialen Indikatoren wie der Arbeitslosenquote.
5. Die Stadt stoppt jegliche Privatisierung kommunaler und kommunal beherrschter Einrichtungen und Aufgaben sowie den Personalabbau im Konzern Stadt.
6. Die Stadt initiiert und fördert sinnvolle Beschäftigungsprojekte.
7. Die Stadt organisiert eine breite Bürgerbeteiligung an der kommunalen Investitionsplanung als ersten Schritt zu einem Bürgerhaushalt.

Wer ist dafür – was steht dagegen

Dieses Sofortprogramm entspricht den Lebenslagen und Interessen von etwa 80 % der Dortmunder Bevölkerung (abhängig Beschäftigten und ihren Angehörigen, Erwerbslosen und Erwerbsunfähigen, Sozialrentnern), und wenn wir die Mehrzahl der Selbständigen einbeziehen (Freiberufler, Handwerker, Kleinhändler), sind es über 90 %.

Trotz dieser erdrückenden Mehrheitsverhältnisse springt bei den meisten Menschen sofort der jahrzehntelang adressierte Angstreflex auf: "So einen Politikwechsel würde die Wirtschaft niemals dulden."

(Ähnlich schüchternete Joschka Fischer einst die Grünen auf seinen "Realo"-Kurs ein: "Glaubt ihr wirklich, ihr könntet gegen die internationalen Finanzmärkte Politik machen?" – Worauf viele Jahre später Oskar Lafontaine antwortete: "Hier steht einer, der das glaubt." Oskars Glaube ist ehrenwert, aber zu wenig, um auf die Ängste und Sorgen der Menschen einzugehen, hinter denen doch Jahrhunderte schlechter Erfahrungen mit dem Kapitalismus liegen.)

Wir antworten: Ja, diese paar Sofortmaßnahmen bedeuten zwar noch keinen kompletten Politikwechsel, aber ein Umdenken. Vom neoliberalen Credo, daß alles was dem Kapital nützt, automatisch auch gut für das Ganze sei, weiter zur nüchternen Bilanz, daß Langemeyers Politik der Mehrheit der Dortmunderinnen schadet und seine Blamage die Blamage des Neoliberalismus ist. Und wir antworten: Allerdings, die Unternehmer und Vermögenden werden alles tun was sie können, um

...

so ein Umdenken zu verhindern. – Aber statt diffuser Angst lasst uns doch mal genauer hinsehen, was sie tun können.

Die oben skizzierten Forderungen greifen nicht so frontal und radikal die Herrschaftsverhältnisse an, daß die Herrschenden sich trauen dürften, sie mit allen Mitteln der Staatsgewalt zu unterdrücken. Weder verstößt kommunale Unabhängigkeit vom Kapital gegen das Grundgesetz und die FDGO, noch verletzt die Propagierung solcher Forderungen irgendein Gesetz.

Was sonst außer brutaler Staatsgewalt könnten die Menschen so fürchten, daß sie auf ihre berechtigten Interessen und demokratischen Mehrheitsrechte von vorn herein verzichten? Sie fürchten, daß die Minderheit sagt: "Ihr habt zwar die Mehrheit, aber wir haben die Betriebe, und wenn wegen eurer maßlosen Forderungen unsere Profite nicht mehr stimmen, verlagern wir eure Arbeitsplätze nach Polen oder Fernost." Was ist dran an dieser Drohung? Muß sie uns mehr ängstigen als die sattsam bekannten, unvermeidlichen Folgen des Neoliberalismus?

Dortmund verlor in 25 Jahren ein Viertel aller Arbeitsplätze durch Kapitalflucht der großen Konzerne unter dem Diktat der Märkte und nicht einer linken Politik! Ganze Industriezweige verschwanden aus Dortmund, obwohl jede Unternehmerforderung willfährig erfüllt wird. Kein Lohnverzicht der Arbeitnehmer, keine Senkung der Unternehmensteuern, keine billigen Grundstücke und Infrastruktur können sie halten, wenn ihre Marktstrategien sie in die Ferne treiben. Siehe aktuell: Banken und Versicherungskonzerne. Das wird so weitergehen, wenn wir **nicht** umdenken.

Von 25.000 ortsansässigen IHK-Unternehmen sind knapp 1.600 mobil genug, um den Standort Dortmund aufzugeben, wenn eine Konzernleitung es befiehlt oder anderswo eine höhere Kapitalrendite lockt. Dadurch gefährdet sind nochmal bis zu 40.000 Arbeitsplätze, sowieso, auch ohne unsere maßlosen Forderungen. Anders herum heißt das aber: Über 90 % der Betriebe mit über 80 % der Arbeitsplätze haben gar nicht die Option der Kapitalflucht, weil sie auf Gedeih und Verderb an den Standort Dortmund gebunden sind. Gemessen an den bereits erlittenen Arbeitsplatzverlusten ist das Drohpotential der Unternehmer heute also tatsächlich weit geringer, als es politisch immer zwecks Einschüchterung der Menschen aufgebläht wird.

Auch die ortsgebundenen Unternehmen zwingt der entfesselte Wettbewerb zur Kostensenkung, d.h. vor allem lebendige Arbeit durch Maschinen und Normalbeschäftigung durch prekäre Jobs zu ersetzen. In den letzten fünf Jahren verschwanden aus Dortmund 8.300 sozialversicherte Normalarbeitsplätze, zeitgleich kamen 10.450 Minijobs hinzu. Auch das wird so weitergehen, wenn wir **nicht** umdenken.

Und im Extremfall treibt der Wettbewerb jährlich mehrere hundert Dortmunder Unternehmen in den Ruin, vor dem wir Linke sie samt ihren Arbeitsplätzen schützen wollen – das ist ja der Sinn und Zweck des Umdenkens. Die einzig logische und sachlich angemessene Antwort der Kommune als Lebens- und Arbeitsort von Menschen auf diese Folgen der entfesselten "Marktkräfte" wäre, daß sie sich ab sofort Schritt für Schritt (nicht über Nacht, mit einem schnellen Umsturz rechnen wir nicht) unabhängig macht von den Standort- und Personaldispositionen privater Unternehmen.

Daraus ergäbe sich eine kommunale Arbeits- und Wirtschaftspolitik, die auf mittlere Sicht tatsächlich einen kompletten Politikwechsel bedeutet:

- Vorrang für die Förderung der ortsgebundenen, nicht konzerngebundenen Klein- und Mittelunternehmen (KMU),

...

- Vorrang für die Förderung regionaler und ökologisch nachhaltiger Wirtschaftskreisläufe vor globalen Exportstrategien,
- "Neue Vollbeschäftigung" durch Stärkung des Öffentlichen Dienstes, öffentlich geförderte Beschäftigung und durch Selbstversorgung der Bevölkerung,
- Arbeitszeitverkürzung im Öffentlichen Dienst als Vorreiter für alle Branchen,
- Stärkung und ökonomische Sicherung des öffentlichen Eigentums in allen seinen Formen, als Basis der lokalen Demokratie und der Finanzierung kommunaler Daseinsvorsorge,
- Stärkung und Ausbau der Wirtschaftsdemokratie vor Ort,
- repressionsfreie soziale Grundsicherung für alle.

Wolf Stammnitz
Im August 2006